



Aufgaben für die Verbraucherpolitik

verbraucherzentrale
Bundesverband

FORDERUNGSKATALOG

des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) für die zweite Hälfte der Legislaturperiode

- ...❖ **Verbraucher vor Kostenfallen und Abzocke schützen:** Am Telefon abgeschlossene Verträge dürfen nur dann bindend sein, wenn Verbraucherinnen und Verbraucher den Vertragsabschluss im Nachgang schriftlich oder in Textform bestätigen. Vertragslaufzeiten, zum Beispiel für Telefon- oder Handyverträge, sollten auf 12 Monate begrenzt werden.
- ...❖ **Recht auf einen schnellen Internetanschluss einführen:** Schnelles Internet muss in Deutschland zur Grundversorgung gehören (Universaldienst). Die Mindestbandbreite sollte dabei 30 Mbit/s betragen. Bis zum Ende der Legislaturperiode muss es für alle Menschen in Deutschland möglich sein, schnell im Netz unterwegs zu sein.
- ...❖ **Nutri-Score als farbliche Nährwertkennzeichnung einführen:** Der Nutri-Score mit Ampelfarben hilft Verbrauchern nachweislich am besten dabei, sich gesund zu ernähren. Eine Einführung in Deutschland auf freiwilliger Basis sollte schnell erfolgen. Im zweiten Schritt muss der Nutri-Score europaweit verpflichtend eingeführt werden.
- ...❖ **Personenbeförderungsgesetz modernisieren und digitale Mobilitätsplattform schaffen:** Verbraucher sollten über Mobilitätsplattformen ihre Fahrten planen, buchen und bezahlen können, um mit einmaliger Anmeldung Zugang zu möglichst allen vorhandenen Verkehrsmitteln zu erhalten. Dabei muss die Einhaltung von Datenschutz und -sicherheit, Fahrgastrechten und Verbraucherschutzstandards sichergestellt werden.
- ...❖ **Extrarente als öffentlich-rechtlich organisiertes Standardprodukt für die private Altersvorsorge einführen:** Mit dem Konzept der Extrarente würden Verbraucher eine deutlich höhere private Rente als heute üblich erhalten. Grund: Ein öffentlicher Träger setzt durch Ausschreibungen der Kapitalanlage durch, dass das Geld im Interesse der Verbraucher kostengünstig und gewinnbringend anlegt wird.
- ...❖ **Prozesse, die durch Algorithmen gesteuert werden, transparent, nachvollziehbar und kontrollierbar machen:** Algorithmenbasierte Entscheidungsprozesse müssen durch unabhängige, staatlich legitimierte Institutionen kontrolliert werden können. Dafür müssen Regeln und Standards für die technische Gestaltung solcher Prozesse geschaffen werden.
- ...❖ **Verbraucherfreundliche CO₂-Bepreisung für fossile Brennstoffe einführen:** Kohle, Heizöl, Erdgas, Autogas, Benzin und Diesel müssen mit einer CO₂-Bepreisung belegt werden. Die von den Verbrauchern geleisteten Zahlungen müssen vollständig an die Verbraucher zurückerstattet werden – zum Beispiel über einen Klimascheck oder die Senkung des Verbraucherstrompreises. Die CO₂-Bepreisung muss von weiteren Klimamaßnahmen flankiert werden.
- ...❖ **Musterfeststellungsklage durch die europäische Leistungsklage ergänzen:** Die Bundesregierung sollte dem Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission zu Verbandsklagen zustimmen. Darin ist unter anderem vorgesehen, dass Geschädigte unmittelbar Geld bekommen sollen, wenn ein Unternehmen wegen eines Verstoßes gegen Verbraucherrecht verurteilt wird.

- ❖ **Gesetzliche Regelungen zur Produkthaftung an das digitale Zeitalter anpassen:** Die Bundesregierung sollte die Überarbeitung der europäischen Produkthaftungsrichtlinie vorantreiben. Offene Haftungsfragen bei vernetzten Geräten müssen verbraucherfreundlich gelöst werden.
- ❖ **Verbindliche Haltungskennzeichnung für alle Tierarten europaweit einführen:** Das deutsche Tierwohllabel muss auf weitere Tierarten ausgeweitet werden. Auch bei den Einstiegsstufen des Labels müssen erkennbare Verbesserungen für die Tiere vereinbart werden. Auf EU-Ebene sollte sich die Bundesregierung für eine verbindliche europäische Tierwohlkennzeichnung einsetzen.
- ❖ **Verbraucherschutzniveau bei Fluggastrechten stärken:** Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass die Rechte der Passagiere bei der Überarbeitung der EU-Fluggastrechte-Verordnung gestärkt werden. Verspätungen und Flugannullierungen in Europa dürfen nicht überhandnehmen. Die verbraucherfreundliche Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs muss in die Neufassung der Verordnung einfließen.
- ❖ **Leistungen der Pflegeversicherung anpassen:** Pflegebedürftige und ihre Angehörigen haben mit hohen und immer weiter steigenden Kosten zu kämpfen. Eine gesetzliche Regelung ist notwendig, mit der die Leistungen der Pflegeversicherung automatisch an die tatsächliche Kostenentwicklung angepasst werden. Ebenso muss die langfristige Finanzierung der Pflege geklärt werden.
- ❖ **Zucker, Fett und Salz in Fertiglernsmitteln konsequent verringern:** Die Ziele und Vereinbarungen der Nationalen Reduktions- und Innovationsstrategie müssen deutlich ambitionierter und verbindlicher werden. Für Produkte, die gezielt an Kinder vermarktet werden, müssen die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation maßgeblich sein.
- ❖ **Grünen Knopf weiterentwickeln:** Verbraucherinnen und Verbraucher müssen öffentlichkeitswirksam informiert werden, was Unternehmen nachweisen müssen, um das staatliche Textilsiegel für ihre Produkte verwenden zu dürfen. Ein verbindlicher Zeit- und Fristenplan muss festlegen, wann die gesamte Lieferkette vom Baumwollfeld bis zum Bügel abgedeckt wird.
- ❖ **Aufsicht über Vermittler von Finanzanlagen an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) übertragen:** Finanzanlagen müssen zu den Anlagezielen und zur Risikobereitschaft von Verbrauchern passen. Die Vermittlung von Finanzanlagen ist daher streng und effizient zu überwachen.
- ❖ **Transparenz bei Krankenkassen schaffen:** Verbraucher benötigen vergleichbare Informationen über die individuellen Service-, Beratungs- und Leistungsangebote sowie über das Genehmigungsverhalten der einzelnen Kassen. Hierzu braucht es konkrete und verbindliche Pflichten sowie Vorgaben. Neben dem Preis sind das die Informationen, die Verbraucher benötigen, um sich für die passende Krankenkasse entscheiden zu können.

HALBZEITBILANZ DER BUNDESREGIERUNG

Der vzbv bewertet beim Verbraucherpolitik-Check regelmäßig die wichtigsten Vorhaben der Bundesregierung.

 www.vzbv.de/politikcheck

verbraucherzentrale

Bundesverband